



Gesundheitswesen vor dem Wendepunkt: Warum 2026 zum Schlüsseljahr werden könnte

Ute Pappelbaum

Auf der Neujahrspressekonferenz macht die Bundesärztekammer auf eine Zuspitzung zentraler Reformfragen aufmerksam. Finanzierung, Steuerung und Belastbarkeit des Systems rücken zugleich in den Fokus.

Finanzielle Schieflage der GKV als strukturelles Problem

Im Zentrum der aktuellen Debatte steht die Gesetzliche Krankenversicherung. Ihre angespannte Finanzlage ist aus Sicht der Ärzteschaft kein kurzfristiges Phänomen, sondern das Ergebnis jahrelanger struktureller Überlastung. Steigende Ausgaben, demografische Effekte und zusätzliche Aufgaben haben die GKV zunehmend unter Druck gesetzt.

Um weitere Beitragssatzsteigerungen zu vermeiden, sei eine kurzfristige Entlastung in Milliardenhöhe erforderlich. Diese könne, so die Argumentation, nicht allein aus dem System heraus geleistet werden. Die Finanzierung werde damit zur gesamtstaatlichen Frage – und zur Aufgabe der gesamten Bundesregierung.

Versicherungsfremde Leistungen rücken in den Fokus

Als zentrale Stellschraube benennt die Bundesärztekammer die konsequente Trennung von Versicherungs- und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Besonders die Finanzierung der Krankenkassenbeiträge für Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger gilt als versicherungsfremde Leistung, die nicht dauerhaft aus Beitragsmitteln getragen werden könne.

Die Forderung zielt auf eine klare Systemlogik: Was politisch gewollt ist, müsse steuerfinanziert werden. Ergänzend werden ordnungspolitische Instrumente ins Spiel gebracht – darunter eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel sowie zweckgebundene Abgaben auf Alkohol, Tabak und Zucker. Sie gelten als nachhaltiger als kurzfristige Sparmaßnahmen, die Versorgungsqualität und Beschäftigte belasten könnten.

Krankenhausstrukturen zwischen Reformdruck und Versorgungsrealität

Neben kurzfristigen Finanzfragen rückt die mittelfristige Strukturreform in den Blick. Die Neuordnung der

Krankenhauslandschaft bleibt ein zentrales, zugleich sensibles Handlungsfeld. Aus Sicht der Ärzteschaft sind Strukturveränderungen notwendig, müssen jedoch medizinisch begründet, regional differenziert und personell tragfähig sein.

Der Zielkonflikt ist offenkundig: Effizienz, Qualität, Erreichbarkeit und Versorgungssicherheit lassen sich nicht beliebig gegeneinander verrechnen. Reformen, die primär betriebswirtschaftlich ansetzen, laufen Gefahr, regionale Versorgungslücken zu vertiefen.

Steuerung der Versorgung als offene Baustelle

Auch jenseits der stationären Versorgung sieht die Bundesärztekammer Koordinationsdefizite. Im ambulanten Bereich wird eine stärkere Steuerung gefordert – etwa durch verbindliche primärärztliche Einschreibemodelle. Ergänzend soll eine strukturierte Ersteinschätzung etabliert werden, die telefonisch, digital oder vor Ort erfolgen kann.

Ziel ist eine bessere Lenkung der Patientinnen und Patienten im System. Nicht jede Versorgung müsse sofort im Krankenhaus erfolgen, nicht jede Inanspruchnahme spezialärztlich sein. Steuerung wird damit weniger als Einschränkung verstanden, sondern als Voraussetzung für Stabilität.

Prävention als langfristige Investition

Über akute Finanz- und Strukturfragen hinaus verweist die Bundesärztekammer auf den langfristigen Hebel der Prävention. Die Bekämpfung von Volkskrankheiten und die Gesunderhaltung der Bevölkerung gelten als medizinisch sinnvoll und ökonomisch wirksam. Prävention wird dabei ausdrücklich ressortübergreifend gedacht – als Aufgabe, die über das Gesundheitswesen hinausreicht.

Der Ansatz verschiebt den Blick: Weg von der reinen Reparaturlogik, hin zu einer systematischen Entlastung durch Vorbeugung. Die Wirkung entfaltet sich nicht kurzfristig, aber dauerhaft.

Ein Jahr der Entscheidungen

Die Diagnose ist nüchtern, der Zeithorizont klar. 2026 verdichtet sich der Reformbedarf. Ob daraus ein Wendepunkt wird, hängt weniger von neuen Konzepten als von der Konsequenz politischer Entscheidungen ab. Die Baustellen sind bekannt. Neu ist der Druck, sie gleichzeitig zu bearbeiten.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947679/gesundheitswesen-2026-schluesseljahr-bundesaerztekammer/>